



Sendung vom 03.01.2008, 20.15 Uhr

Tissy Bruns
Journalistin
im Gespräch mit Susanne Franke

- Franke:** Grüß Gott, liebe Zuschauer, zu Gast bei uns im Studio ist heute Tissy Bruns. Frau Bruns, herzlich willkommen. Sie sind Journalistin und leiten das Parlamentsbüro des Berliner "Tagesspiegels", sind also vor allem mit Bundespolitik und der Berichterstattung darüber beschäftigt. Sie haben außerdem ganz aktuell ein Buch geschrieben mit dem Titel "Republik der Wichtigtuern". Zu den "Wichtigtuern" wollen wir aber erst später kommen, zuerst einmal wollen wir uns mit der Autorin dieses Buchs unterhalten und sie ein bisschen kennenlernen. Ihre Vita ist ja so, dass man auch darüber ein Buch hätte schreiben können. Eigentlich sind Sie nämlich Lehrerin von Beruf.
- Bruns:** Ja.
- Franke:** Warum haben Sie diesen Beruf nie ausgeübt?
- Bruns:** Ich beeindrucke die Leute immer noch zusätzlich dadurch, dass ich sage, ich sei eigentlich Lehrerin für Mathematik und Geschichte. Besonders die Mathematik beeindruckt in meiner heutigen Berufswelt sehr. Warum ich diesen Beruf nie ausgeübt habe? Das hat einfach mit den Zeiten zu tun, in denen ich studiert habe. Ich habe von 1970 bis 1974/75 studiert und dann in der zweiten Hälfte der 70er Jahre meine Referendarzeit gemacht. Diese Zeiten damals waren noch sehr studentenbewegt und ich selbst war ebenfalls voll im Getriebe der 68er drin. Ich habe also alles ordentlich studiert, machte auch noch mein Referendariat, habe mich dann aber noch einmal so richtig in die Studentenpolitik gestürzt. Danach ist der Faden zum Lehrerberuf abgerissen und ich geriet in den Journalismus. Allerdings brauchte ich dazu viele, viele Zwischenschritte.
- Franke:** Man muss dazusagen, dass Sie zwar in Sachsen-Anhalt geboren sind, aber im Alter von sechs Jahren in den Westen gekommen sind. Sie sind also westlich sozialisiert.
- Bruns:** Ja, absolut.
- Franke:** Sie waren als Studentin Mitglied im Marxistischen Studentenbund Spartakus. Ihre Anfänge im Journalismus waren bei der "Deutschen Volkszeitung". Sie galt als eine Zeitung, die von der SED gesteuert und auf Kurs der DKP gehalten wurde. Das war doch alles recht weit links außen angesiedelt.
- Bruns:** Ja, DKP war Linksradikalismus. Ich bin 1970 bzw. 1971 in den MSB Spartakus und in die DKP eingetreten und habe auch sehr lange daran festgehalten. Ich habe jedoch später, vor allem im Laufe der 80er Jahre – als die Friedensbewegung kam, als Gorbatschow kam usw. – feststellen müssen, dass das eine sehr, sehr schwere Fehlentscheidung in meinem Leben gewesen ist.

Franke: Was war denn überhaupt der Auslöser, dem MSB Spartakus und der DKP beizutreten?

Bruns: Der Auslöser, dort Mitglied zu werden, war die Studentenbewegung, also die Vorstellung von: Überwindung der Adenauer-Republik, mehr Demokratie wagen usw. Denn für Willy Brandt waren wir alle, wie linksradikal oder auch weniger linksradikal wir damals auch waren. Das war darüber hinaus ganz stark der Impuls der Kritik an den Eltern und den Großeltern, die unglaublich geworden waren, weil sie ihre Verstrickung oder gar Schuld am Naziregime nicht offen gelegt haben. Dabei meinte und meine ich gar nicht einmal meine persönlichen Eltern, sondern die abstrakte Elterngeneration. Das hat bei vielen von uns dazu geführt, dass wir uns ganz schnell gewissermaßen neue Denkmäler oder neue Personen gesucht haben, zu denen wir aufschauen bzw. zu denen wir vermeintlich aufschauen konnten. Und unter den Kommunisten waren eben sehr viele, die als Widerstandskämpfer Hitler tatsächlich widerstanden haben, die in KZs gesessen haben. Das übte auf uns Junge eine außerordentliche Faszination aus. Allerdings, und das muss man ganz klar und schonungslos sagen, so achtbar diese Personen waren, so wenig achtbar war das, was politisch vertreten worden ist. Wir haben also für dieses Bedürfnis, doch wieder Vorbilder haben zu wollen, genauer gesagt: ich habe für dieses Bedürfnis damit gezahlt, dass ich einen Teil meines kritischen Denkens, das aus der Studentenbewegung herrührte, eigentlich aufgegeben habe und in eine Generation geriet, die dogmatisch gedacht hat. Ich habe dann selber auch viele Jahre dogmatisch gedacht und gehandelt.

Franke: Sie haben soeben schon angedeutet, dass das ein Fehler gewesen ist: Wie sehen Sie denn diese Entwicklung, diese Prägung heute?

Bruns: Ich würde schon sagen, dass das für mich biographisch prägend war. Wenn man eine Sache in seinem Leben sehr falsch macht und vor allem lange Zeit sehr falsch macht, dann ist das nichts, was einfach so von einem abfällt, wenn man es dann eines Tages überwunden hat. Nein, das beschäftigt einen noch lange, lange weiter. Ich würde sogar sagen, dass ich bis heute in meinem Berufsleben eine Neigung habe, die der Einsicht in diesen Irrtum entspringt: Ich habe einen ziemlichen Widerwillen zu kategorisch zu sein, im Negativen wie auch im Positiven. Das heißt, alle Steine der Weisen, die man in der Politik oder auch von den Medien so angeboten bekommt, sind mir verdächtig. Ich tue mich aber andererseits auch außerordentlich schwer, alles in Grund und Boden zu verdammen, was aus der Politik kommt, was also meinen Berufsgegenstand bildet. Ich denke mir auch immer wieder: "Versetz dich doch mal rein und sieh dir die Schwierigkeiten an, die es da gibt!" Denn es geht ja immer darum, dicke Bretter zu bohren. Ich bin also weder in die eine noch in die andere Richtung kategorisch.

Franke: Fehlt dann nicht andererseits eine feste, gerade Linie?

Bruns: Nein, nein, diese Linie stellt sich im Laufe der Zeit dann doch wieder ein. Meine Biografie nach dieser DKP-Zeit war ja auch nicht sehr gradlinig. Ich habe nach der DKP-Zeit mit dem Journalismus zuerst einmal komplett Schluss gemacht und bei der AOK, also bei einer Sozialversicherung gearbeitet. Das war eine sehr große und wichtige Schule des Lebens für mich. Übrigens war das auch eine sachliche Schule: Ich habe dadurch viel besser verstanden, was soziale Sicherungssysteme in Deutschland, die uns ja bis heute sehr beschäftigen, eigentlich darstellen. Anschließend habe ich bei der "TAZ" im Journalismus neu angefangen. Ich schlug dann einen Weg ein, der mich über die wunderschöne "Wochenpost", die noch aus der DDR stammte und die in den 90er Jahren leider eingegangen ist, und den "Stern" zum "Tagesspiegel" und dann zeitweise sogar zu einer Springer-Zeitung, nämlich zur "Welt" geführt hat.

- Franke:** Sie springen mir jetzt ein bisschen zu schnell zu weit, denn ich würde gerne für einen Moment bei der "TAZ" bleiben. Sie haben diese Zeitung einmal als die "beste Journalistenschule Deutschlands" bezeichnet. Die "TAZ" ist ja in Deutschland die siebtgrößte überregionale Tageszeitung. Warum soll sie die beste Journalistenschule sein?
- Bruns:** Nun, ich halte bis heute an diesem Satz fest. Ich glaube nämlich, das gilt heute noch für die, die dort arbeiten, etwas lernen und sich entwickeln. Das ist eben eine völlig ungewöhnliche Zeitung. Das ist z. B. diejenige Zeitung, die diese große Krise, die wir in den Jahren 2001 bis 2003 auf dem Zeitungsmarkt erlebt haben, vollkommen unbeschadet und ohne sich große Sinnfragen stellen zu müssen überstanden hat. Denn diese Zeitung ist immer am Rand der Krise. Das heißt, sie musste und muss bis heute sehr um ihr materielles Überleben kämpfen. Und sie bezahlt ihre Leute sehr schlecht – jedenfalls viel schlechter als alle anderen Zeitungen. Wer also zur "TAZ" geht, der will etwas im Journalismus: Der hat gewissermaßen kein Nebenmotiv. Deswegen gibt es dort nach meiner Kenntnis bis heute ein äußerst lebendiges, widerspruchsfreudiges und kritikfreudiges Redaktionsleben. Manchmal ist das mit dem Nachteil verbunden, dass das alles ein wenig übertrieben wird – so wie eben überhaupt in allen Redaktionen gerne übertrieben wird. Aber das Redaktionsleben dort ist halt sehr lebendig und jeder, der dort hingehet, hat große Entwicklungsmöglichkeiten, viel größere als in saturierteren Redaktionen. Ich war ja Bonner Korrespondentin für die "TAZ": Das war ein unglaubliches Geschenk, denn das bedeutete für mich die Plattform, von der aus ich mich in kurzer Zeit so richtig in die Bundespolitik einschreiben und einfühlen konnte. Ich konnte mitreden nach kurzer Zeit! Und ich habe mir auch ganz schnell einen Namen "erschrieben", womit ich überhaupt nicht gerechnet hatte. Das wäre aber viel schwieriger gewesen, wenn ich in einer großen, entwickelten und komplett durchhierarchisierten Zeitung gewesen wäre. In der "TAZ" muss man um seinen Beruf kämpfen, und das tut der Berufspraxis gut.
- Franke:** Und der Wechsel zum "Stern" und der Verbraucherzeitschrift "Wochenpost" ...
- Bruns:** Nein, das war keine Verbraucherzeitschrift. Das war eine überlebende Zeitung aus der DDR, die in der DDR schon immer so einen kleinen Niscentouch hatte: Sie wurde in der DDR gerne zwischen den Zeilen gelesen. Die "Wochenpost" hat dann in den 90er Jahren versucht, diesen Ton etwas in das neue gesamte Deutschland zu übertragen. Leider ist das ökonomisch nicht gelungen, aber sie hätte es wirklich verdient gehabt. Das war jedenfalls eine Zeitung mit Kultur, Politik usw. gewesen, also mit allen Sparten, die man sich wünscht.
- Franke:** Sie haben also den Journalismus von der Pike auf gelernt. Nach einigen Jahren wechselten Sie dann, wie Sie bereits gesagt haben, zur "Welt", einem konservativen Blatt und damit quasi auf die andere Seite des politischen Spektrums. Waren Sie in der "Welt" sozusagen die "linke Quotenfrau"?
- Bruns:** Ich würde sagen, ich bin geholt worden als liberale Quotenfrau oder, weiter gefasst, als linksliberale Quotenfrau. Man muss vielleicht dazusagen, dass ich bei der "TAZ" zeitweise bereits so etwas wie der rechte Klassenkasper gewesen war.
- Franke:** Sie vertreten also immer das Gegenteil von dem, wo Sie gerade sind.
- Bruns:** Nein, nicht immer, aber da hatte es sich so ergeben. Und das hat vermutlich tatsächlich etwas mit meiner Biografie zu tun: In der "TAZ" war ich z. B. bereits in der ersten Hälfte der 90er Jahre eine der wenigen, die für eine Änderung des Asylrechts und für die Beteiligung an Auslandseinsätzen eintrat. Ich muss das der "TAZ" sehr zugute halten, denn die

Mehrheitsmeinung war eine andere. Aber die "TAZ" hat sehr viel dafür getan, dass diese Debatten in der Gesellschaft überhaupt geführt werden konnten – weil sie sie nämlich auch intern selbst geführt hat. In der "Welt" war ich dann umgekehrt so etwas wie ein liberales Feigenblatt. Aber das ist dann auch nicht gutgegangen. Ich will damit gar nichts gegen die "Welt" sagen: Das ist eine gediegene, ausgewiesene Zeitung. Ich nenne das einfach eine Fehlverbindung zwischen der "Welt" und mir. Biografisch war diese Zeit bei der "Welt" jedoch sehr wichtig, weil ich danach bzw. bereits in dieser Zeit genau wusste, was nun wirklich meine Meinung, mein Standpunkt zu bestimmten Grundfragen ist, und zwar ein Standpunkt, der sich nicht mehr nur daraus herleitet, dass ich mal etwas so richtig falsch gemacht habe, sondern der einfach deswegen mein Standpunkt ist, weil ich das durchdacht und durchdrungen habe und dann zu einem Schluss gekommen bin. Es war also trotzdem gut gewesen, zur "Welt" zu gehen – auch wenn es sich am Ende als falscher Berufsschritt erwiesen hat.

Franke: Sie sind jetzt beim Berliner "Tagesspiegel" gelandet. Heißt das, Sie sind jetzt angekommen?

Bruns: Ja, das würde ich schon sagen. Der "Tagesspiegel" ist die Zeitung, die gut zu mir passt und ich passe auch, wie ich glaube, ganz gut zum "Tagesspiegel". Ich bin ja nun schon einige Jahre dort und war auch schon vor meiner Zeit bei der "Welt" einige Zeit beim "Tagesspiegel" gewesen: Der "Tagesspiegel" ist im wahrsten Sinne eine liberale Zeitung, die bestimmte Grundsätze hat, die auch für alle in der Redaktion gelten. Aber man kann eben auch immer wieder mit einer Meinung, mit der man redaktionsintern in der Minderheit ist, auftreten und Vorschläge machen. Umgekehrt ist es aber auch so, dass sich das, was die Redaktion nach längeren Diskussionsprozessen für sich entwickelt hat, in der Zeitung dann auch widerspiegelt. Das ist interessant.

Franke: Sie haben also für linke Blätter geschrieben und auch für ein rechts Blatt: Würden Sie sich denn selbst als eine unabhängige Journalistin bezeichnen?

Bruns: Ja, ich würde mich schon als unabhängige Journalistin bezeichnen. Wir hatten neulich im Büro mal eine Unterhaltung, als ein Volontär die verschiedenen Redaktionsmitglieder fragte, ob sie links oder rechts seien. Heute ist es ja gar nicht so einfach, sich da zuzuordnen, weil die politische Landschaft eben nicht mehr so ist wie noch vor einigen Jahrzehnten. Ich habe geantwortet: "Wahrscheinlich wäre es so: Wenn einer aus dem Weltraum auf Deutschland guckte und Deutschland wäre durch eine Linie in Rechte und Linke geteilt, dann würde ich mit einem Fuß einen Zentimeter im linken Lager stehen und mit dem anderen Fuß einen Millimeter im anderen Lager. Aber zu welcher Frage ich mit welchem Fuß im linken oder im rechten Lager stehe, entscheidet sich gemäß dem Einzelthema und dem Sachproblem."

Franke: Während Ihrer Zeit beim "Tagesspiegel" waren Sie von 1999 bis 2003 auch Vorsitzende bei der Bundespressekonferenz. Man muss kurz erklären, was die Bundespressekonferenz ist. Das ist ja keine staatliche Organisation, wie das Wort vermuten ließe.

Bruns: Ja, jeder denkt, das wäre so etwas wie eine Einrichtung der Bundesregierung, also so etwas wie das Bundespresseamt. Das ist aber gerade nicht so: Das ist ganz bewusst eine nicht-staatliche Einrichtung, eine Gründung der Nachkriegszeit, die sich in Abgrenzung zur Diktatur davor gegründet hat und die stark von dem Impuls getragen wurde, dass die Presse eben nie wieder abhängig sein soll von staatlichen Institutionen. Das ist also in der Rechtsform eines Vereins der Zusammenschluss aller Korrespondenten, die aus der Bundeshauptstadt – früher Bonn, heute Berlin – über Bundespolitik, Parlament usw. berichten.

- Franke:** 900 Journalisten sind dort Mitglied. Dieser Verein lädt sozusagen die Ministerien und die Regierung zur Pressekonferenz ein, eben zur Bundespressekonferenz. Viele denken jedoch, es wäre umgekehrt und die Regierung würde die Journalisten einladen.
- Bruns:** Das kommt auch vor, aber das Prinzip der Bundespressekonferenz besteht darin, dass wir Politiker einladen, übrigens auch Gewerkschafter, Kirchenführer, Verbandsführer. Wir, die Journalisten, haben die Leitung dieser Pressekonferenz in der Hand. Das ist aus folgendem Grund ein kleiner, aber feiner Unterschied: Wenn bei uns im Saal Pressekonferenz ist, dann entscheidet ein Kollege darüber, wer fragt, wie lange gefragt wird und was gefragt werden kann. Wenn wir zu Frau Ulla Schmidt ins Gesundheitsministerium oder von der Bundeskanzlerin ins Kanzleramt geladen werden, kann es schnell passieren, dass nur fünf Fragen zugelassen sind und dann sagt der leitende Sprecher: "Die Zeit ist erschöpft, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Pressekonferenz ist beendet."
- Franke:** Läuft das dann nicht eher unter Zensur, wenn man das mal ganz hart ausdrückt?
- Bruns:** Nun, das hat einfach mit dem Hausrecht der Kanzlerin bzw. der Minister in ihren Häusern zu tun. Wir sehen das ja alle oft sehr deutlich, wenn aus dem Weißen Haus in Washington Pressekonferenzen übertragen werden. Das ist sozusagen das Gegenprinzip zur Bundespressekonferenz: Da werden die Plätze für die Journalisten im Saal von der Regierung verteilt, es wird klar gesagt, wie viel Zeit für wie viele Fragen angemessen ist usw. Es gibt halt beides und in Deutschland gibt es eben als Lehre aus der Diktatur diese Form von Pressekonferenzen und deren Leitung durch Journalisten. Diese Form ist, wie ich finde, immer noch sehr viel wert.
- Franke:** Wer wählt dabei die Themen aus? Woher weiß man, welche Minister eingeladen werden sollen, wann die Kanzlerin eingeladen werden soll?
- Bruns:** Es gibt ja einerseits diese Form, von der ich soeben gesprochen habe, und es gibt dahinter eben auch noch das wirkliche Leben. Wann die Kanzlerin kommt, sagt im Regelfall die Kanzlerin selbst. Da gibt es ein lange erprobtes Ritual: Kanzler sind so drei, vier Mal im Jahr da und meistens zu Einschnittssituationen. Wenn meinerwegen gerade das erste Jahr der Großen Koalition vorbei ist, dann zieht Frau Merkel Bilanz. Oder sie kommt aus den Sommerferien zurück und merkt, dass alles gerade arg undefiniert ist und es deshalb gut wäre, wenn sie mal wieder einen schönen Aufschlag in der Presse hätte. Sie kommt dann zu Beginn der "Herbstsaison" zur Bundespressekonferenz.
- Franke:** Das heißt, sie kommt zu den Journalisten und hält nicht selbst eine Pressekonferenz ab.
- Bruns:** Ja. Darauf hat bis jetzt noch jeder Kanzler und hat auch die Kanzlerin Wert gelegt, nämlich in regelmäßigen, aber nicht allzu kleinen Abständen zu den Journalisten zu gehen. Sowohl Schröder wie auch Kohl wie auch Merkel hatten und haben natürlich auch ihre eigenen Pressekonferenzen, bei denen sie sozusagen das Szepter führen und das Reglement bestimmen.
- Franke:** Es gibt ja auch die regelmäßigen Pressekonferenzen jede Woche, nämlich montags, mittwochs und freitags.
- Bruns:** Das ist sozusagen das Knochengestüt dieser Institution namens Bundespressekonferenz, diese Pressekonferenzen dreimal in der Woche.
- Franke:** Sind das eher routinemäßige Sitzungen, bei denen nicht viel passiert?
- Bruns:** Ja, da ist oft viel Routine mit dabei. Es gibt sogar vor allem am Freitag Konferenzen, die bereits nach drei oder vier Minuten zu Ende sind. Ich wollte jedoch noch sagen, wer da regelmäßig antreten muss. Das sind die

Regierungssprecher, also ein Regierungssprecher bzw. dessen Stellvertreter, und alle Sprecherinnen und Sprecher der Ministerien. Die machen dann Mitteilungen, wenn sie etwas mitzuteilen wünschen. Und dann können sie gefragt werden. Sie können dabei jedoch zu allem gefragt werden, nicht nur zu dem, was sie gerne mitteilen würden. Das ist einfach die Stärke dieser Veranstaltung: Wir können also dreimal in der Woche, wenn es uns drängt, diese Riege der Bundesregierung befragen. Sicherlich war es z. B. vor einigen Monaten sehr interessant, den Sprecher von Herrn Müntefering oder auch von Herrn Steinbrück zu befragen, was die beiden davon halten, wenn Herr Beck, der SPD-Vorsitzende, das Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer länger bezahlen will. Das heißt, der Sprengsatz, der in der allgemeinen politischen Debatte gerade vorhanden ist, kann da regelmäßig abgefragt werden. Das ist auch in der Tat eine günstige Gelegenheit. Ich weiß von vielen Kollegen, die im Ausland waren, oder von ausländischen Kollegen, die in Berlin arbeiten, dass die Durchlässigkeit von Journalisten zur Politik in Berlin eigentlich sehr viel größer ist als in anderen Hauptstädten westlicher Demokratien. In Diktaturen ist sie ohnehin sehr viel geringer.

Franke: Es gibt ja auch die Möglichkeit, dass die Politiker in der Bundespressekonferenz vertrauliche Informationen weitergeben an die Journalisten. Dies wird dann ganz speziell gehandhabt.

Bruns: Ja, aber das ist sehr selten geworden. Es gibt in der Satzung einen Passus, in dem es heißt: "Die Mitteilungen werden gemacht unter eins, unter zwei oder unter drei." "Unter eins" heißt: Ein Politiker z. B. namens Schmid sagt etwas und wir dürfen schreiben, Herr Schmid hätte das und das gesagt. "Unter zwei" heißt, Herr Schmid sagt etwas und wir dürfen darüber schreiben – allerdings ohne Nennung der Quelle. Das ergibt dann diese berühmten Formeln, die jeder Zeitungsleser kennt: "Wie es aus Regierungskreisen heißt" oder "in Parteikreisen wurde gesagt ...". "Unter drei" heißt, dass das Gespräch vertraulich bleiben muss: Herr Schmid sagt etwas und wir schreiben trotzdem nicht darüber. Dieses "unter drei" ist im Saal der Bundespressekonferenz wohl seit 30 Jahren nicht mehr wirklich vorgekommen. Denn vertrauliche Mitteilungen sind dann doch eher kleineren Kreisen, Hintergrundkreisen vorbehalten. Selbst dort ist dieses Regelwerk nicht mehr sehr verlässlich. Denn einerseits klagen inzwischen die Politiker über unsere Unzuverlässigkeit in dieser Hinsicht, aber auch wir Journalisten klagen umgekehrt – und zwar auch zu Recht – über die Politiker, weil sie manchmal "unter drei" Geschichten erzählen, die sie dann zehn Minuten später vor laufender Kamera den Fernsehzuschauern mitteilen. Hier ist also in der Beziehung zwischen Journalisten und Politikern etwas brüchig geworden und die vertrauliche Mitteilung im Saal der Bundespressekonferenz, in dem in der Regel mehr als 20 und manchmal sogar mehr als 200 Kollegen sitzen, ist so gut wie ausgestorben.

Franke: Der eine oder andere Politiker drückt sich ja auch bei sehr direkten Fragen gelegentlich nur wachweich aus. Welche Probleme zieht das denn für den Journalisten nach sich? Denn man muss das alles ja auch einordnen und interpretieren können.

Bruns: Es gibt bei den sogenannten Regierungspressekonferenzen, d. h. wenn die Sprecher dreimal in der Woche kommen, oft sehr lange Fragepassagen, die manchmal bei nur einem einzigen Thema eine halbe Stunde und länger dauern. Da wird gefragt und der nächste Kollege fragt und der übernächste Kollege hakt noch einmal nach und ein weiterer Kollege will es noch einmal genauer wissen usw. Aber von vorne, vom Pressesprecher oder von der Pressesprecherin, kommt immer nur eine Formel, die das Problem und die Frage lediglich umkreist. Da kann man zunächst einmal nichts machen, denn wir können den Sprecher ja nicht mit aufgesetzter Waffe zwingen, nun endlich etwas zur Substanz der Sache zu sagen. Ich finde aber, dass das

Interessante dabei immer Folgendes ist: Durch so ein unausgesetztes Fragen, durch so ein Nachbohren ergibt sich doch jeweils ein ganz bestimmtes Bild, von dem aus man dann nachher mindestens noch weiter recherchieren kann. Weil man als Journalist ja gemerkt hat: "Ach, hier ist die Stelle, an der er justament gar nichts sagen möchte. Was könnte das bedeuten?" Manchmal nervt das ja regelrecht: Man sitzt da und es wird wirklich nach allen Regeln unserer Berufskunst gefragt und durchbohrt und gelöchert und von vorne kommt immer nur eine schöne Sprachfloskel nach der anderen. Es ist dann, wie ich jedenfalls meine, der Intelligenz und der handwerklichen Genauigkeit unserer Kollegen überlassen, was sie daraus machen. Es ist aber letztlich auch der Intelligenz unserer Leser, Zuhörer und Zuschauer überlassen, die ja sehr wohl auch selbst einen Schluss daraus ziehen können, wenn Politiker auf Fragen nicht antworten. Da denkt sich ja nicht nur der Journalist etwas dabei, der Bürger denkt sich auch etwas dabei, wenn einer wirklich erkennbar immer nur abwehrt und ausweicht. Für die Urteilsbildung ist es also sehr wohl auch nützlich, wenn der Leser sieht: "Der drückt sich, der will nicht antworten!"

Franke: Die Bundespressekonferenz veranstaltet ja auch jedes Jahr den Bundespresseball. Das ist eine sehr renommierte Veranstaltung, bei der immer jeder dabei sein möchte. Ich glaube, jedes Jahr sind da 2500 Gäste geladen: Journalisten, Politiker ...

Bruns: Wirtschaftsleute.

Franke: Die Medienprominenz aus ganz Deutschland ist mit dabei. Als Leiterin der Bundespressekonferenz haben Sie diesen Ball ja mehrmals zusammen mit dem Bundespräsidenten eröffnen dürfen. Kommt man da auch mal intensiver dazu, mit den Mächtigen zu sprechen?

Bruns: Es ist uralte Tradition: Seit es diesen Ball gibt, wird er eröffnet durch das Präsidentenpaar, das mit dem Vorsitzendenpaar der Bundespressekonferenz tanzt. So kam es, dass ich als erste Frau als Vorsitzende den Ball mit dem Präsidenten eröffnet habe. Ich habe einmal mit Herrn Herzog getanzt und mit Herrn Rau mehrfach.

Franke: War das ein Walzer?

Bruns: Es ist immer ein Walzer. Beide sind bzw. waren bekennende Schlecht-Tänzer. Sie haben das auch öffentlich nie bestritten. Der amtierende Bundespräsident hingegen tanzt sehr gerne und auch sehr gut. Herr Herzog und Herr Rau haben das aber beide sehr souverän gemacht. Denn es ist ganz klar: Der eigentliche Zweck der Übung ist, dass die vielen Kameras und Fotografen, die dann um die große Tanzfläche herumstehen, ein ordentliches Bild bekommen. Und sowohl Herr Herzog wie auch Herr Rau haben mich auch ordentlich die ganze Galerie von Fotografen entlang geführt und so den eigentlichen Zweck der Sache erfüllt, nämlich der Öffentlichkeit ein Bild davon zu geben. Man verbringt dann den Abend mit dem Präsidenten respektive dem Präsidentenpaar und ich finde das ist sehr wohl eine selbstverständlich begrenzte, aber doch immerhin eine Möglichkeit, über andere Dinge zu sprechen als dann, wenn man zusammen ein Hintergrundgespräch führt oder gar auf einer Pressekonferenz ist. Mit dem Ehepaar Rau konnten wir uns z. B. immer sehr gut über Schulerfahrungen in Berlin austauschen, weil sie und auch wir beide schulpflichtige Kinder hatten. Das waren sehr interessante und auch amüsante Unterhaltungen.

Franke: Lernt man dabei die Politiker auch von einer anderen Seite kennen? Bekommt man da auch mal einen ganz privaten Eindruck und ändert vielleicht sogar die ursprüngliche Meinung, die man gegenüber diesen Herrschaften hatte?

Bruns: Ich bin immer vorsichtig damit, das wirklich privat zu nennen. Sowohl bei

einer solchen Gelegenheit wie dem Ball, der ja bis weit nach Mitternacht geht, wie auch in Hintergrundkreisen oder bei Reisen, die wir als Journalisten begleiten, sind wir doch oft relativ nahe dran an Spitzenpolitikern. Man bekommt dadurch auf jeden Fall ein anderes Bild von ihnen, als wenn man sie nur auf Pressekonferenzen oder sogar nur im Fernsehen sehen würde. Trotzdem sage ich mir immer ganz streng: Das, was ich da sehe, ist die öffentliche Person, die selbst noch in diesem Rahmen – wenn es also bereits weit nach Mitternacht ist und man eigentlich ganz entspannt ist – genau weiß, dass sie eine öffentliche Person ist und unter Beobachtung steht. Natürlich mache ich mir, wenn ich Politiker sehr lange beobachte, auch ein Bild von diesem Menschen oder versuche mir ungefähr ein Urteil zu bilden, was das denn eigentlich für ein Mensch ist. Ich bin da so neugierig wie alle anderen Bürger auch, aber ich habe selbstverständlich mehr Stoff, um mir dieses Urteil bilden zu können. Aber letztlich muss man sich immer wieder ganz professionell sagen: Den privaten Menschen lerne ich nicht kennen, denn alleine die Tatsache, dass Politiker so permanent im Licht und unter der Beobachtung der Öffentlichkeit stehen, panzert sie auch. Das sieht man oft, wenn man "Anfänger" in Berlin beobachtet und dann darauf achtet, wie sie sich in den folgenden Jahren entwickeln: Das ist, als ob sich so eine Art öffentlicher Lack über sie gezogen hätte, d. h. sie stellen sich ein auf die Kameras, auf die journalistische Beobachtung, auf die Beobachtung durch ihre eigene Fraktion und ihre Parteigremien usw. Den wirklich privaten Menschen in seinem Wohnzimmer sehe ich also nicht und ich möchte auch nicht den Eindruck verbreiten, als wüsste ich darüber wirklich Bescheid.

Franke: Sie waren ja auch auf der Wahlkampftournee von Gerhard Schröder mit dabei.

Bruns: Ja, bei mehreren.

Franke: Wie läuft denn so etwas ab? Sind da die Journalisten auch sehr reglementiert in ihrem Kontakt zum Politiker?

Bruns: Da gibt es sehr unterschiedliche Formen. Eigentlich machen alle Spitzenpolitiker in Wahlkämpfen sogenannte Journalistenreisen. Dafür werden entweder große Busse gemietet; früher gab es auch hin und wieder einmal einen Sonderzug wie z. B. damals bei Willy Brandt. Scharping ist, wie ich glaube, auch noch damit gefahren, als er Kanzlerkandidat war. Man fährt dann so von Station zu Station. Man macht die Kundgebung auf dem Marktplatz von Halle mit, fährt von dort aus meinetwegen nach Leipzig und gelangt dann mit dem Hubschrauber noch zu einem dritten Ort. Man unterbricht diese Hetze nur jeweils durch die Übernachtungen. Am Abend hat man in der Regel noch ein Hintergrundgespräch und setzt das u. U. an den weiteren Abenden fort. Dann und wann kommt der Kanzlerkandidat auch in den Bus und unterhält sich mit den Journalisten, erklärt, warum er seine Rede so und nicht anders hält und welches Echo er darauf bekommt und dass er unbedingt zuversichtlich ist, was natürlich jeder Politiker immer und alle Zeit ist ...

Franke: Ist da ein Gespräch unter vier Augen möglich? Oder sind da auch bei den Hintergrundgesprächen immer mehrere Kollegen mit dabei?

Bruns: Da sind meistens mehrere Kollegen mit dabei. Dass man einen Kanzlerkandidaten unter vier Augen spricht, ist eigentlich etwas völlig Ungewöhnliches, weil ja immer mindestens noch ein Sprecher oder ein anderer Begleiter mit dabei ist. Das sind also in gewisser Weise doch regulierte Gespräche. Aber natürlich ist der Einblick ein anderer, wenn man den gleichen Mann oder die gleiche Frau aus zehn Metern Entfernung in der Pressekonferenz vor sich hat. Man muss aber wissen, der Kandidat bzw. die Kandidaten wissen das auch und nutzen die Gelegenheit, uns gegenüber ein entsprechend günstiges Bild von sich selbst zu zeichnen.

- Franke:** Kommt es auch mal vor, dass der Sprecher, der immer mit dabei ist, inhaltlich eingreift, wenn irgendetwas in eine Schiefelage gerät?
- Bruns:** Ja, das sind die oft ganz amüsanten Nebenaspekte des Berufs: Natürlich sieht und erlebt man auch verschiedene Sprechertypen und nicht nur verschiedene Spitzenpolitikertypen. Ich persönlich empfinde ja Sprecher immer als ganz schwierig, weil ich mir nur ganz schwer vorstellen kann, so lange so schweigend dabeistehen zu können. Das würde ich als eine echte Prüfung erleben. Man sieht da aber auch die unterschiedlichen Naturelle unter den Sprechern. Es gibt welche, die eingreifen. Dies mögen die Journalisten natürlich gar nicht gerne, weil sie den Spitzenpolitiker und seine Meinung hören möchten und nicht die des Sprechers. Es gibt aber auch Sprecher, die streng schweigend danebenstehen und trotzdem ihre Ausdrucksformen haben. Man kann denen also sehr wohl gelegentlich ansehen, dass sie sich wünschen, der Kandidat hätte das jetzt lieber nicht gesagt. Man sieht es ihnen an, ohne dass sie selbst ein Wort darüber verlieren würden. In dem Nebeneinander von Spitzenpolitiker und Sprecher ist auch immer eine gewisse Kommunikationsdynamik drin, die einen recht interessanten Nebenaspekt darstellt.
- Franke:** Sie beobachten sehr genau, wie man merkt. Aber macht so eine Nähe zu den Politikern nicht auch ganz unbewusst etwas mit Ihnen? Es könnte ja sein, dass man dann, wenn man so jemanden mal näher erlebt hat, auch ein Verständnis entwickelt für unpopuläre Entscheidungen von ihm.
- Bruns:** Ja, das ist die Gretchenfrage unseres Berufs: das Verhältnis von Nähe und Distanz. Und Gretchenfragen haben es nun mal so an sich, dass sie, wenn sie leicht zu lösen wären, keine Gretchenfragen wären. Es ist schon so: Wir brauchen die Nähe, um unseren Lesern und Zuschauern und Zuhörern wirklich etwas vermitteln zu können. Wenn wir uns aber in dieser Nähe verlieren, dann sehen wir im wahrsten Sinne des Wortes den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr. Und natürlich ist es so, dass Nähe auch irgendeine Art von menschlicher Interaktion erzeugt. Ich versuche das immer folgendermaßen auszudrücken. Ich bin mir relativ sicher: Wenn ein Politiker, den ich gut und lange kenne und den ich auch in die mir eher sympathische Ecke einsortiert habe, etwas so richtig falsch macht, wenn er sogar Regeln verletzt, hätte ich keine Not, das öffentlich anzuprangern und zu kritisieren, also die gehörige Distanz zu finden. Viel schwieriger finde ich es, wenn es um andere Dinge geht, wenn er z. B. etwas Peinliches macht, wenn er also eine lässliche Sünde begeht. Wenn man ehrlich zu sich selbst ist, dann muss man sich wohl doch eingestehen, dass man dann über einen Politiker, den man sympathisch findet, nachsichtiger denkt als über einen, den man überhaupt nicht leiden kann. Denn bei dem würde man so eine Peinlichkeit geradezu genüsslich ausweiden. Es kommt also vor allem darauf an, dass man sich in solchen Sachen immer wieder selbst überprüft. Am wenigsten tauglich empfinde ich dabei die Einbildung, dass einen Nähe überhaupt nicht beeindruckt. Dies nehme ich keinem einzigen Journalisten ab! Ich bin sehr dafür, dass einen Nähe nicht beeindrucken sollte und dass man auch immer wieder in die nötige Distanz geht, aber dass man davon gänzlich unberührt bliebe und gar nicht beeindruckt wäre, das halte ich für eine Einbildung. Und diese Einbildung führt dann, wie ich glaube, zu den schlimmsten Fehlern.
- Franke:** Dieses Verhältnis von Nähe und Distanz zwischen Politikern und Journalisten ist auch Thema in Ihrem Buch: "Republik der Wichtigter". Wer sind denn die Wichtigter?
- Bruns:** Ich habe ganz oft die Erfahrung gemacht, dass jeder denkt, ich würde damit nur die Politiker meinen, die ja ohnehin ewig gescholten werden und über die wir uns seit eh und je und in den letzten Jahren besonders kritisch auseinandersetzen. Nein, ich habe mir stattdessen eher Mühe gegeben, mich mit den beiden Akteuren in dieser Beziehung zu beschäftigen, also mit

den Politikern und den Medienleuten, den Journalisten. Ich bin zu dem Schluss gekommen, einem Schluss, der mich ja auch selbst trifft, dass zu den Wichtigtuern durchaus auch wir gehören, also die Medien, die journalistischen Beobachter des ganzen Geschehens in Berlin-Mitte. Wichtigtuern meint nicht so sehr, wenn ich das kurz erläutern darf, dass wir uns täglich vor lauter Eitelkeit aufbrezeln und aufspreizen und dass wir nur und ausschließlich eitle und selbstvergessene Leute sind. Nein, ich glaube, das Ganze ist auch einer objektiven Entwicklung geschuldet. Die Politiker haben einen gewissen Bedeutungsverlust dadurch erlitten, dass wir heute in einer globalisierten Welt leben, dass europäische Regeln heute vieles ersetzen, was früher national geregelt wurde. Und wir politischen Journalisten müssen in unseren jeweiligen Medien natürlich auch sehen, wo wir die Politik überhaupt noch unterbringen, denn sie verliert ja eher ihren Platz und ihren Raum in der Berichterstattung. Diesen Bedeutungsverlust, den beide Seiten erlitten haben, versuchen wir, und das ist die Wichtigtuerei, mit den Fähigkeiten, die unsere Medienwelt bietet, ein bisschen wettzumachen. Und das, was unsere Medienwelt heute bieten kann, ist die unaufhörliche öffentliche Präsenz, die uns so ein bisschen darüber hinwegtäuscht, dass wir – die Politiker und die politischen Journalisten – eigentlich auch so ein bisschen die Verlierer dieser Mediengesellschaft sind.

Franke: Hatten Sie bei diesem Titel nicht auch die Sorge, dass man Sie selbst als Wichtigtuern bezeichnet? Sie sind ja Teil des Getriebes in der politischen Berichterstattung.

Bruns: Wenn ich gefragt werde, dann muss ich ehrlich antworten, dass selbstverständlich auch ich Teil dieses Räderwerks und dieses Systems bin. Und mindestens berufsbedingt bin ich auch Wichtigtuern. Alle Sünden, die ich in diesem Buch anprangere und beschreibe, habe ich, wie ich einräumen muss, auch schon selbst begangen oder war bzw. bin an ihnen beteiligt. Ich gehöre allerdings zu denen, die bezüglich unseres Berufs den unendlichen Optimismus haben, dass es doch um Aufklärung geht. Und dazu gehört, wie ich meine, dass Erkenntnis und Selbsterkenntnis auch dann, wenn sie zuerst einmal noch gar nichts ändern, der erste Schritt zur Besserung sein könnten oder gar sind. Unsere Lage zu durchdringen und auch einmal nüchtern zu analysieren und zu schauen, wer wir sind, was wir machen, was wir falsch machen und was daran vielleicht sogar gefährlich für die Demokratie sein könnte, hat mich nach sieben Jahren Berlin doch so beschäftigt, dass es mir die Anstrengung wert war, darüber ein ganzes Buch zu schreiben.

Franke: Sie sprachen gerade von sieben Jahren Berlin, aber Sie hatten ja auch schon Bonn miterlebt und den Umzug von Bonn nach Berlin. War denn früher in Bonn eigentlich alles besser?

Bruns: Aus der Entfernung denkt man ja immer, dass früher alles besser gewesen sei. Das stimmt auch insofern bereits deswegen, weil man damals eben auch selbst jünger gewesen ist. Aber selbstverständlich war früher auch nicht alles besser. Nein, es war nur anders. Und manche Probleme, die wir damals hatten, haben wir heute nicht mehr. Dafür haben wir aber wieder neue, damals noch unbekannte Probleme. Mir ging es eigentlich nur darum, mal diesen Unterschied der Probleme zu beleuchten und vor allem die heute wichtigen Probleme zu analysieren. Was war in Bonn anders? Bonn war eine überschaubare Welt in einer überschaubaren Medienwelt. Zu Willy Brandts Zeiten und noch bis tief in Helmut Kohls Zeiten hinein waren wir eine Fernsehnation, in der die Politik ihren ganz festen öffentlichen Platz hatte: Alle sahen zusammen das Länderspiel, den Durbridge und die "Tagesschau". Heute leben wir jedoch in Zeiten, in denen die Politik in der Medienwelt eigentlich nur noch wenige feste Plätze hat. Diese Plätze finden sich auf jeden Fall noch in den Qualitätszeitungen und im öffentlich-

rechtlichen Mediensystem in den einschlägigen Nachrichtensendungen und -sendern. Aber die öffentlich-rechtlichen Anstalten verändern sich ja auch unter dem Einfluss dieses großen Rauschens, das vom privaten Fernsehen und den digitalisierten Medien ausgeht, die sehr viel mehr auf Unterhaltung als auf Politik setzen und dadurch die Politik auch ein bisschen verformen.

Franke: Wird es für den politischen Berichtersteller nicht auch immer schwieriger, dem breiten Publikum diese komplexen Themen aus dem Bundestag, aus dem Bundesrat schmackhaft zu machen? Denn das sind ja doch oft sehr komplexe Angelegenheiten.

Bruns: Ich glaube, als Adenauer damals zusammen mit seinem Stab die dynamische Rente entwickelte, haben auch nicht sehr viel mehr Leute gewusst und genau begriffen, wie das denn tatsächlich funktioniert und welcher genaue Gesetzesabschnitt da nun entscheidend ist. Und doch war das, was damals mit der dynamischen Rente entwickelt worden ist, noch viel einfacher zu verstehen: Da konnte sich letztlich jeder – und daran haben die Medien eben auch mitgearbeitet – ausrechnen, welche Vorteile die dynamische Rente hat und wie viel mehr Geld die Leute zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft in der Tasche haben werden. Wenn heute Gerhard Schröder die Hartz-IV-Gesetze oder die Agenda-Gesetze macht und Frau Merkel die Gesundheitsreform, dann versprechen sie eigentlich nur, dass das Maßnahmen sind, um unsere Sozialsysteme überhaupt stabil zu halten. Das ist ein recht ungewisser, in der Ferne liegender Nutzen, der aber damit bezahlt werden muss, dass zwar nicht alle, aber doch zuerst einmal sehr viele Menschen, und vor allem diejenigen Menschen, die ohnehin weniger haben, etwas hergeben müssen, was sie bisher hatten. Und das ist natürlich sehr viel unangenehmer zu erklären als ein Rentengeschenk. Das, was unangenehmer zu verstehen ist, nimmt man auch nur schwerer wahr. Dies alles zusammen – also Reformen, die anstrengend sind und nur einen ungewissen Nutzen in der Ferne versprechen – den Leuten in einer Medienwelt zu erklären, in der es vor Unterhaltung nur so brummt, ist die große Schwierigkeit, vor der heute Politiker und Journalisten stehen. Was ich mit dem etwas vorwurfsvollen Wort "Wichtigtuere" ausdrücken wollte, ist, dass sowohl die Medien, also wir politischen Journalisten, als auch die Politiker sich allzu sehr auf diese Mediengesetze einlassen, die gerade nicht identisch sind mit den Gesetzen, denen die Politik folgen muss. Dadurch wird die Politik für die Leute eher noch unverständlicher als verständlicher. Mein Plädoyer lautet: Wir müssten dem Ganzen wieder etwas mehr Ernst einräumen.

Franke: Also dem Inhalt wieder mehr Gewicht geben. Bedeutet das nicht auch den Vorwurf an die Journalisten selbst, dass sie quasi ihre "Dienstpflicht" verletzen, dass sie Missstände nicht mehr aufdecken, dass sie ihre Kontrollfunktion verloren haben?

Bruns: Ich glaube nicht, dass wir unsere Kontrollfunktion verloren haben. Denn Skandale werden in diesem Land immer noch recht verlässlich aufgedeckt – bis zu bestimmten Grenzen allerdings nur, ab denen wir sehen, dass wir nicht mehr weiterkommen; denn wir wissen ja bis heute letztlich nicht genau, was mit Kohls Spenden los war. Aber der Spendenskandal als solcher ist aufgedeckt worden und blieb nicht im Verborgenen. Das ist also nicht das Problem. Die Frage ist aber, ob wir die Funktion noch erfüllen, die uns der Artikel 5 des Grundgesetzes durchaus aufgibt, nämlich in den öffentlichen Angelegenheiten auch Vermittler zu sein. Eigentlich müssten wir doch zwischen den Leuten, die in der Politik Gesetze machen und die Geschicke des Landes lenken, und den Bürgern vermitteln können. Da wir politische Journalisten uns den ganzen Tag mit Politik beschäftigen, müssten wir doch den Leuten besser erklären können, warum bestimmte Dinge so sind, wie sie sind, warum etwas falsch bzw. richtig ist. Wir müssten also dazu beitragen, dass sich die Bürger ihr eigenes Urteil bilden können.

Diese Funktion vernachlässigen wir aber in meinen Augen zu sehr. Stattdessen, und hier folgen wir eben den Gesetzen unserer Branche, jagen wir in einem unglaublichem Tempo, das immer noch schneller wird, Konflikte und Kleinkonflikte durch unsere Medienwelten. Dies gilt selbst für die seriösesten Blätter. Da geht es um Streit und Zank, der manchmal bereits am Abend desselben Tages keine Bedeutung mehr hat. Wir überlagern mit diesem Streit-und-Zank-Prinzip und dem hohen Tempo, in dem wir das vermitteln, die eigentlichen und großen Fragen, die heute an der Politik interessant sind und die Menschen auch wirklich beschäftigen. Seit die Bundeswehr in Afghanistan ist, ist es doch eine wichtige und in der Gesellschaft auch diskutierte Frage, ob wir wirklich junge Leute dorthin schicken wollen und ob wir es verantworten können, dass sie dort möglicherweise sterben. Oder ein anderes Thema: Was ist mit unseren Kindern und Jugendlichen? Werden sie in der Konkurrenz mit den jungen Polen, mit den jungen Indern usw. ihr späteres Arbeitsleben wirklich vernünftig gestalten können? Sind sie also konkurrenzfähig und werden sie in der Welt zurechtkommen? Solche Fragen beschäftigen ja viele Bürger. Uns politische Journalisten beschäftigen aber häufig Schlagzeilen und Themen, die viel, viel kleiner sind, aber sehr, sehr schrill verbreitet und vertreten werden. Ich glaube, wir agieren damit ganz oft an den Leuten vorbei.

Franke: Das war nun der Vorwurf an die Journalisten. Man könnte diesen Vorwurf aber auch an die Politiker weitergeben. Denn ist die Politik heutzutage nicht mehr nur noch reines Taktieren geworden? Ich denke hier z. B. an die Geschichte mit dem Elterngeld. Das wurde von der SPD-Frau Renate Schmidt in die Öffentlichkeit gehoben und von der Union im Grunde genommen nur blockiert. Die CDU-Frau Ursula von der Leyen hat es dann aber durchgesetzt. Da ist es doch für die Journalisten per se schwierig, Politik in der Sache zu vermitteln und nicht nur über den Zank zu schreiben.

Bruns: Ich glaube schon, dass wir als Journalisten das Prinzip, das da sichtbar wird, ganz leicht beschreiben könnten. Das war ja eine Idee, die Renate Schmidt nicht alleine gehabt hatte, aber sie hat diese Idee letztlich in die deutsche Politik eingepflanzt und sie hoffähig und diskussionsfähig gemacht. Vermutlich hätte sie diese Idee aber in einer rot-grünen Regierung nicht durchsetzen können, weil der Widerstand aus der Union dafür zu groß gewesen wäre. Da tritt wirklich ein ganz klassischer Mechanismus auf, denn die Union selbst muss sich mit diesem Konflikt beschäftigen und in der Union selbst muss dann letztlich jemand aufstehen und sagen: "Wir können doch nicht so weitermachen wie bisher! Wir müssen was ändern!" Das hat vor allem Frau von der Leyen gemacht, mit Unterstützung der Kanzlerin. Das ist ein Mechanismus, den man den Leuten sehr gut erklären kann. Warum auch nicht. Denn das ist ja nicht nur Taktik, sondern das ist ein ernsthafter gesellschaftlicher Diskussions- und Durchsetzungsprozess. Stattdessen dann aber immer nur darüber zu schreiben, warum jetzt gerade Huber und früher Stoiber gegen von der Leyen opponieren und wo denn hier die Kanzlerin stünde usw., macht die Frage doch kleiner, als sie eigentlich ist. Denn es ist ja doch sehr interessant, dass jetzt auch die Union in der Familienpolitik umdenkt und mit welchen Konflikten und mit wie viel Bauchweh das verbunden ist. Wir machen also meiner Meinung nach durch das Zank-Prinzip die Sache kleiner, als sie ist. Aber vielleicht noch ein Wort zu Politikern. Sie haben natürlich auch einen großen Teil Verantwortung dafür, dass in der Medienwelt die Politik nur mehr so schwer durchdringen kann. Auch Politiker, und zwar in den zweiten und dritten Reihen oft noch häufiger als in der ersten Reihe, bedienen sich sehr gerne der Medien, um ihre eigenen Unzulänglichkeiten zu überdecken. Wer im Fernsehen ist, der schreibt sich schon mal auf jeden Fall für sich selbst etwas gut – und befragt sich dann vielleicht nicht mehr so streng danach, was er denn bei diesem oder jenem Gesetzeswerk eigentlich wirklich

geleistet hat.

Franke: Was wäre denn eine Lösung für dieses Abhängigkeitsverhältnis zwischen Politik und Journalisten, für diese Zustände in der Berliner Medienrepublik? Denn es gibt in Berlin einfach immer mehr Journalisten, immer mehr Wettbewerb zwischen den Medien, eine immer heftigere Jagd nach exklusiven Meldungen, während die eigentliche politische Berichterstattung immer mehr zu verflachen droht. Wie kann man das lösen, wie kann man das ändern?

Bruns: Eine Lösung, eine echte Therapie habe ich nicht. Wenn ich die wirklich hätte, dann würde ich wohl so etwas wie den Nobelpreis verdienen. Nein, ich habe keine Lösung. Aber es ist so, wie ich vorhin schon gesagt habe. Ich glaube, dass Erkenntnis und Selbsterkenntnis für sich bereits einen Wert darstellen, weil man dann anfängt, sich selbst etwas kritischer zu betrachten. Ich erhoffe mir aber – nicht nur durch mein Buch – doch eine Veränderung. Denn ich habe überhaupt das Gefühl, dass unter unseren Kollegen ein Unbehagen wächst, ein Unbehagen, das dazu beiträgt, dass wir uns mal wieder ein bisschen kritischer unter die Lupe nehmen.

Franke: Eigentlich möchte man ja meinen, dass Journalisten ohnehin immer und ständig alles kritisch sehen.

Bruns: Journalisten haben durchaus die Eigenschaft, das Gegenüber, also in unserem Fall das politische Gegenüber, kritisch unter die Lupe zu nehmen. Uns selbst können wir jedoch nur selbst kontrollieren: Wir sind also die Kontrolleure der Politik, sind die berühmte vierte Gewalt, haben aber selbst keine Gewalt über uns. Da ist es dann mit der Selbstkritik aus strukturellen Gründen immer eine schwierige Sache.

Franke: Sind das also persönliche Unzulänglichkeiten oder ist das ein Fehler im System?

Bruns: Ich glaube schon, dass es Strukturfragen sind, die da wirksam werden. Dieser Medienhype ist ja tatsächlich Ausdruck einer wahnsinnigen technologischen Entwicklung in der Medienwelt. Man muss sich ja nur einmal die Fernsehsender anschauen. Da gibt es z. B. diesen Satz, der jetzt auch bei ARD und ZDF immer häufiger in den Nachrichten zu hören ist und der sehr bedeutsam ist. Dieser Satz lautet meinerseits: "Wenn Sie mehr zu diesem Thema wissen wollen, dann können Sie unter www.heute.de nachschauen." Das zeigt doch, dass es hinter der ganz normalen Fernsehnachrichtenwelt inzwischen die digitale Welt gibt, die noch schneller ist als die Fernsehwelt, die also noch beschleunigter ist. Ein anderes Beispiel für diesen Hype ist, dass man wahnsinnig viel Geld verdienen kann mit der eigenen Bekanntheit. Das sind ja alles neue Mechanismen, die wir in den 80er Jahren noch gar nicht und in den 90er Jahren kaum kannten. Das ist doch das, was uns alle mitreißt wie Getriebene. Wir bilden uns zwar gerne ein, wir alle würden das gestalten, aber in Wahrheit reißt uns doch zurzeit diese technologische Revolution eher mit, als dass wir sie meistern würden. Ich bin dennoch letztlich optimistisch, weil ich glaube, dass es in jeder Bevölkerung immer eine Gruppe bzw. eine Schicht von Leuten gibt, die mehr wissen wollen, die es gründlicher wissen wollen und die tiefer gehen wollen. Diese Menschen schaffen in gewisser Weise auch den Markt dafür, dass Medien existieren können, die genau das bieten: Präzision, genau Information, Tiefgang, Analyse, Hintergrund, Reportage usw.

Franke: Ist denn Ihr Buch ein Hilferuf, dass sich etwas ändern sollte?

Bruns: Das haben Sie damit vielleicht gar nicht so falsch qualifiziert. Ich habe es noch nie so gesehen, aber es könnte sein, dass Sie mit dieser Einordnung Recht haben.

Franke: Welche Änderung wünschen Sie sich am dringendsten?

- Bruns:** Ich wünsche mir, dass Journalisten und Politiker – und zwar jede Seite für sich und nicht wieder gemäß dem Du-hast-den-Schwarzen-Peter-Spiel – darüber nachdenken, was wir besser machen können.
- Franke:** Meinen Sie, der Stil in der Politik und der politischen Berichterstattung könnte sich ändern, wenn in den Medien mehr Frauen an der Spitze stünden?
- Bruns:** Hm, das ist eine schwierige Frage. Wir haben eine Kanzlerin, das ist ja wirklich ein Unikat in unserem Land. Und es gibt auch viel mehr Frauen im Journalismus – zumal ja im politischen Journalismus die Moderation im Fernsehen geradezu zu einem Frauenberuf geworden ist. Aber ich kann nicht erkennen, dass das eine Verbesserung darstellen würde. Die Probleme, die mit der ganzen Medienentwicklung verbunden sind, sind dadurch nicht geringer geworden. Jedenfalls nicht in einem für mich erkennbaren Maße. Ich verspreche mir eigentlich mehr davon, dass alle, die in diesem öffentlichen Raum sind, wir Journalisten wie auch die Politiker, viel mehr Wert darauf legen, nicht nur unter uns zu kommunizieren, also z. B. im Fernsehen nicht nur ständig diesen Dialog zwischen Journalisten und Politikern zu führen, der ja fast schon ein Selbstgespräch ist, sondern wieder mehr – und das kann man sich ja wirklich bewusst vornehmen – direkte Kommunikation und Dialog mit der Bevölkerung zu betreiben. Das kann in der Partei geschehen, in Versammlungen, in den Gewerkschaften, in den Kirchen, auf dem Marktplatz usw. Dieser Dialog, diese direkte Kommunikation muss intensiver werden, als das jetzt der Fall ist.
- Franke:** Vielen Dank für dieses Schlusswort. Zu Gast beim alpha-forum war heute Tissy Bruns. Liebe Zuschauer, ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit, bis zum nächsten Mal.